



## Haushalt 2023: Antrag der Fraktion CDU zur Schaffung einer halben Stelle zur Umsetzung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

|                                |                                    |
|--------------------------------|------------------------------------|
| <b>VO/2022/085</b>             | <b>Fraktionsantrag</b>             |
| öffentlich                     | Datum: 14.11.2022                  |
| <i>FB 3 Jugend und Familie</i> | Ansprechpartner/in: Thomas Voerste |
|                                | Bearbeiter/in: Heike Krause        |

| Datum      | Gremium (Zuständigkeit)             | Ö / N |
|------------|-------------------------------------|-------|
| 16.11.2022 | Jugendhilfeausschuss (Entscheidung) | Ö     |

### Begründung der Nichtöffentlichkeit

### Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag eine halbe Stelle zu schaffen, die die Umsetzung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen und dem Kreis fördert und unterstützt. Aufgaben werden

1. die Erstellung von unterschiedlichen Konzepten zur Beteiligung der jungen Menschen sein und
2. die Beratung und Unterstützung der Kommunen vor Ort, sowie dem Kreis.

Der Kreis kann somit die Umsetzung des § 47f GO offensiv fördern.  
Die Personalstelle ist auf 3 Jahre befristet.

### Sachverhalt

Siehe Antrag

### Relevanz für den Klimaschutz

entfällt

### Finanzielle Auswirkungen

1 Stelle mit 20 Wochenstunden ca 40.000 € befristet auf 3 Jahre

### Anlage/n:

|   |   |
|---|---|
| 1 | 2022-11-14 JuHi-Antrag Stelle für Jugendbeteiligung |
|---|---|

CDU-Kreistagsfraktion | Paradeplatz 10 | 24768 Rendsburg

An

- die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde Beate Nielsen (beatenielsen@t-online.de)
- Thomas Voerste (Kreisverwaltung) z. K. (thomas.voerste@kreis-rd.de)

14.11.2022

## **Antrag für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.11.2022**

### **Die CDU-Kreistagsfraktion beantragt:**

#### **Antrag:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag eine halbe Stelle zu schaffen, die die Umsetzung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen und dem Kreis fördert und unterstützt. Aufgaben werden

1. die Erstellung von unterschiedlichen Konzepten zur Beteiligung der jungen Menschen sein und
2. die Beratung und Unterstützung der Kommunen vor Ort, sowie dem Kreis.

Der Kreis kann somit die Umsetzung des § 47f GO offensiv fördern.  
Die Personalstelle ist auf 3 Jahre befristet.

#### **Begründung:**

Der Gesetzgeber schreibt den Kommunen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Vorhaben, die deren Interessen berühren, vor (siehe GO §47f). Diese Mitwirkungsverpflichtung gilt bereits seit dem 1.4.2003.

Die Kommunen setzen diese Vorgabe nur mäßig um. Einige wenige Kommunen haben bereits seit Jahren einen Kinder- und Jugendbeirat, teilweise mit gewählten Mitgliedern und teilweise zugänglich für jeden Jüngeren.

Die Stadt Rendsburg hat gerade erst sogenannte „Jugendspeaker“ wählen lassen. Leider war die Beteiligung sehr schlecht, nur 0,4 % der Stimmberechtigten nahmen ihr Recht wahr. Ein zukünftiges Jugendparlament steht somit in weiter Ferne.

Wir stellen fest, dass die meisten Jugendlichen sich eine feste Verpflichtung für mehrere Jahre nicht vorstellen können. Ein starres Konstrukt wie z.B. der Seniorenbeirat mit einer festen Besetzung für 5 Jahre, passt nicht in den Lebensalltag der jungen Menschen. Zu berücksichtigen sind hier auch die unterschiedlichen Größen der Kommunen und ihre Struktur. In kleinen Dörfern findet sich leichter eine Gemeinschaft gleichaltriger, die sich einbringen möchte.

Wir sehen hier vor allem in den ehrenamtlich geführten Kommunen Unterstützungsbedarf. Die Verwaltungen sind meist für dieses Thema der Beteiligung von Jugendlichen nicht aufgestellt. Eine zentrale Person im Kreis könnte hier mit unterschiedlichen Konzepten unterstützen und Wege zu einer regelmäßigen Beteiligung von Jugendlichen aufzeigen. Daneben kann hier eine Auswertung von Beteiligungen auf Kreisebene stattfinden. Dem Jugendhilfeausschuss wird jährlich ein Bericht vorgelegt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Schaffung einer Stelle mit 20 Wochenstunden, Kosten ca. 40.000 Euro jährlich, Befristung für 3 Jahre

Mit freundlichen Grüßen

Martin Harders